

Maßhalten in der Konjunktur - aber wo?

Die gegenwärtige Konjunkturdebatte zeichnet sich durch eine besondere Anwendung der „psychologischen Faktoren“ — die nach Ansicht zahlreicher Konjunkturforscher weitgehend den Wirtschaftskreislauf bestimmen — und ihres Einsatzes über die modernen Publikationsmittel aus. Der *Bundeswirtschaftsminister* hat in bewährter Manier den Zeigefinger erhoben und von der Notwendigkeit des „Maßhaltens“ gesprochen, und der Chor der Sprecher einer sogenannten „öffentlichen Meinung“ hat dieses Wort begierig aufgenommen. Auf dem Höhepunkt der Debatte griff dann der *Bundeskanzler* selber ein, indem er — taktisch geschickt wie immer — von der *Bundesbank* ein Gutachten zur Währungs- und Konjunktursituation anforderte. Mit diesem Schachzug wurde der Bundesbank gleichsam die Rolle eines Schiedsrichters zwischen den Sozialpartnern zugespielt. Eine Rolle, die ihr nicht zukommt, und die sie ihrer Aufgabe nach auch nicht erfüllen kann. Die Institution der Bundesbank hat ihre vornehmste Aufgabe darin zu sehen, die Kaufkraft der Deutschen Mark stabil zu halten. Dieses kann sie nicht ohne Unterstützung durch eine gleichgerichtete Wirtschaftspolitik und eine koordinierte Ausgabengestaltung der öffentlichen Hand. Aber es hieße die Funktionen der Bundesbank überspannen, wenn ihr die Entscheidung über die Verteilung der Einkommen — und nichts anderes würde die Rolle des „Schiedsrichters zwischen den Sozialpartnern“, die ihr von der Bundesregierung zgedacht ist, bedeuten — übertragen würde. In einer Wirtschaftsordnung, die unter dem Titel einer „sozialen Marktwirtschaft“ stehen will, kann die Entscheidung über die Verteilung der Einkommen nur auf dem Markt und nicht durch den Entschluß einer autoritären Instanz fallen.

Selbstverständlich verdient das durch Bundesbankpräsident *Blessing* erstellte währungs- und konjunkturpolitische Gutachten trotzdem Beachtung. Aber lediglich als konjunkturpolitische Äußerung der machtvollen Institution Bundesbank, nicht als allgemeverbindliche Richtschnur. Die verantwortlichen Lohnpolitiker, an die sich das Blessingsche Gutachten in erster Linie richtet, werden stets die Perspektiven beachten müssen, unter denen das Gutachten zustande gekommen ist. Die Bundesbank hat — um ihrer Aufgabe als „Hüterin der Währung“ nachzukommen — seit dem letzten Quartal 1959 verschiedene restriktive Maßnahmen einsetzen müssen, um das aufgeblähte Geldvolumen zu reduzieren bzw. wenigstens eine weitere Aufblähung zu verhindern. (Gegenwärtig werden gerade zum zweiten Mal die Mindestreservesätze der Banken und Sparkassen heraufgesetzt, eine recht drastische kreditpolitische Maßnahme!) Kreditrestriktionen sind stets unpopulär und in ihren Wirkungen recht global, sie treffen wie Wetterkatastrophen „Gerechte und Ungerechte“. Mit psychologischen Mitteln eine Eindämmung des Geldumlaufs zu erreichen, kann darum der Bundesbank nur gelegen kommen.

Der erstgenannte Adressat aller Maßhaltungsparolen von Erhard bis Blessing sind die *Gewerkschaften*. Ihrer Lohnpolitik wird die Hauptverantwortung an den Preisauftriebenden der letzten Monate zugeschoben und damit der „Schwarze Peter“ für den Verbraucher zugespielt. An diesem Punkt gilt es, fern aller Tages- und Interessentenpolitik, mit wissenschaftlicher Sachlichkeit die realen wirtschaftlichen Tatbestände zu untersuchen.

In einem recht instruktiven Aufsatz hat *Wolfgang Krüger* in der *Zeit* ¹⁾ darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Wirtschaftssituation es wirklich nicht gestattet, die Gewerkschaften allein zum Prügelknaben der unerfreulichen Entwicklung der Kaufkraft der Deutschen Mark zu machen. Krüger führt als Hauptursachen der gegenwärtigen Auftriebenden an: *den Exportboom, den Nachfrageüberhang auf dem Baumarkt, die*

1) Wolfgang Krüger: Machen die Gewerkschaften die Währung?, „Die Zeit“, 29. 1. 1960, S. 10.

Ausweitung des öffentlichen Verbrauchs und die hohen Investitionen der Unternehmungen.

Auf alle vier der genannten Komponenten der wirtschaftlichen Entwicklung haben die Gewerkschaften keinen Einfluß. Wir wollen im folgenden den wichtigsten Faktor, den ständig zunehmenden *Außenhandelsüberschuß*, in seinen quantitativen Auswirkungen auf das Preisniveau im Vergleich zu einer allgemeinen Lohnsteigerung näher untersuchen.

Wie hoffnungslos unsere Wirtschaftspolitik sich bisher in bezug auf den westdeutschen Außenhandel gezeigt hat, läßt sich am besten an folgender Zahlenreihe demonstrieren:

Der Saldo der westdeutschen Zahlungsbilanz zeigt seit 1950 folgende Entwicklung:²⁾

(in Mrd. DM)

1950	—	1,171
1951	+	2,259
1952	+	3,437
1953	+	5,509
1954	+	5,343
1955	+	4,264
1956	+	6,580
1957	+	8,300
1958	+	8,900

1959 zeigte sich Ende November bereits ein Überschuß von rund 8 Milliarden DM,³⁾ so daß für 1959 mit etwa dem gleichen Ergebnis wie 1958 zu rechnen ist.

Es ist typisch für den Stand der wirtschaftspolitischen Diskussion in der westdeutschen Öffentlichkeit, daß nicht nur die in dieser Entwicklung liegenden Gefahren verkannt werden, sondern daß von Politikern und anderen öffentlichen Sprechern oft genug voller Stolz auf die ständig aktive Zahlungsbilanz hingewiesen wird; als hätte man in der Nationalökonomie seit Friedrich List nichts dazugelernt!

Um es einmal so drastisch und einfach wie möglich zu formulieren: 8,9 Milliarden Außenhandelsüberschuß im Jahre 1958, das bedeutet, daß wir für diesen Betrag mehr Güter und Dienstleistungen an das Ausland ausgeführt haben als wir ausländische Güter und Dienstleistungen einführen ließen, was wiederum nichts anderes bedeutet als eine Kreditleistung der Bundesrepublik an das Ausland in Höhe eben dieser 8,9 Milliarden. Doch mit der jährlich sich wiederholenden zinslosen Kreditgewährung ist es nicht getan. Die Güter und Dienstleistungen, die der Betrag des Außenhandelsüberschusses widerspiegelt, sind ja produziert worden, und die an der Produktion beteiligten Faktoren haben dafür ihre Entgelte bekommen. Diese Faktoreneinkommen treten als Nachfrager auf dem Inlandsmarkt auf. Ihrer Nachfrage steht aber nicht ein konformes Angebot gegenüber, wie das in einer geschlossenen Volkswirtschaft (*Saysches Theorem*) der Fall wäre. Der Gegenwert des Außenhandelsüberschusses ist in das Ausland gegangen, entsprechende Zahlungsmittel des Auslandes — das heißt Anweisungen auf ausländische Güter und Dienstleistungen — sind den Exporteuren zugeflossen. Dank unserer von den verschiedensten Rücksichtnahmen geleiteten Einfuhrpolitik sind diese Anweisungen aber nicht bestimmungsgemäß, nämlich für ausländische Güter und Dienstleistungen, die dann Angebot und Nachfrage auf dem Binnenmarkt wieder in Übereinstimmung gebracht hätten, ausgegeben worden, sondern sie verschwanden in den Tresoren der Bundesbank (und werden hier als *stolzer* Gold- und Devisenvorrat deklariert!). Die Exportunternehmer aber tauschen die ausländischen Zahlungsmittel in Deutsche Mark um und treten hiermit als Nachfrager an dem um den Exportüber-

2) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11. Jahrgang, Nr. 10 (Okt. 1959), S. 53.

3) Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11. Jahrgang, Nr. 12 (Dez. 1959), S. 74.

schoß verringerten Inlandsmarkt auf. Auch in einer nur halbwegs funktionierenden Marktwirtschaft müssen *Preiserhöhungen* die unausbleibliche Folge dieser Nachfrage sein, wenn nicht kontrahierende Gegenwirkungen eintreten, was noch untersucht werden wird.

Wir wollen hier einen Vergleich der quantitativen Auswirkungen des Außenhandelsüberschusses mit denen einer möglichen globalen Lohnerhöhung vornehmen. Dabei legen wir die statistischen Daten von 1958 zugrunde, da gesicherte statistische Ergebnisse der Lohn- und Gehaltssumme für 1959 noch nicht vorliegen.

1958 betrug die Bruttolohn- und -gehaltssumme aller abhängig Beschäftigten 96,4 Milliarden DM⁴). Nehmen wir den (bisher nie dagewesenen) Fall einer generellen Lohn- und Gehaltserhöhung um 10 vH an, so würde die jährliche Erhöhung der den Arbeitnehmern zufließenden Einkommen 9,64 Milliarden DM betragen, was zufällig fast der Höhe des Außenhandelsüberschusses entspricht. (Woraus man voreilig den Schluß ziehen könnte, daß 1958 bei *ausgeglichener* Zahlungsbilanz eine zusätzliche zehnprozentige Lohnerhöhung ohne Auswirkungen auf das Preisniveau möglich gewesen wäre.) Die ungefähre Übereinstimmung dieser volkswirtschaftlichen Größen besagt aber noch nicht, daß hiervon auch gleiche Wirkungen auf das Preisniveau ausgehen müssen. Entscheidend für die Wirkungen auf das Preisniveau ist nicht allein die Höhe der einem bestimmten Bevölkerungsteil zufließenden Einkommen, sondern deren Verwendung.

Diese Verwendung ist bei den dem Außenhandelsüberschuß entsprechenden Beträgen ziemlich eindeutig. Die Exportunternehmer erhalten für die auf Grund ihrer Warenlieferungen eingegangenen Devisen bei den Landeszentralbanken den entsprechenden Gegenwert in Deutscher Mark. Diese Eingänge sind Umsatzerlöse und werden bei aufsteigender Konjunktur sicher weder gespart noch gehortet, sondern investiert; das heißt diese Beträge erscheinen als Nachfrage am Binnenmarkt.

Sehr viel weniger eindeutig ist die Verwendung der Mehreinkommen, die den Arbeitnehmern aus einer generellen Lohnerhöhung zufließen. Sicher ist lediglich, daß ein bedeutsamer Teil dieses Mehreinkommens gar nicht dem Verbrauch zufließen kann, weil er bereits vorher weggesteuert wird bzw. den Sozialversicherungsträgern zufließt. 1958 betrug das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer 85,1 vH⁵) der Bruttolohn- und -gehaltssumme, das bedeutet, daß der reale Betrag unserer angenommenen zehnprozentigen Lohnsteigerung sich auf rund 8,2 Milliarden ermäßigt. Aber auch dies den Arbeitnehmern zusätzlich zufließende Nettoeinkommen tritt keineswegs in voller Höhe als Nachfrage an den Konsumgütermärkten auf. Die empirisch bestätigte *Keynes'sche* Annahme⁶), daß die Sparneigung mit wachsendem Einkommen zunimmt, würde auch für diesen Fall zutreffen und einen Teil der Mehreinkommen stilllegen. Quantitative Angaben über den Grad der Veränderung der Sparneigung sind in so globaler Form nicht möglich, aber die ständig anwachsenden Einlagen bei den Sparkassen — den von den Arbeitnehmern bevorzugten Geldinstituten — und das Ausbleiben des allgemein erwarteten Rentenbooms nach der Neuregelung der Altersrenten beweisen, daß wir den Punkt der zunehmenden Sparneigung bereits erreicht haben. Steht allein schon auf Grund der nach Versteuerung und Sozialversicherungsabzügen verbleibenden Nettoeinkommen fest, daß die Möglichkeiten einer Nachfragebeeinflussung durch eine (zusätzliche) Lohnerhöhung um 10 vH 1958 geringer waren als die Auswirkungen des Außenhandelsüberschusses, so verringert sich der als wirksame Nachfrage auftretende Betrag aus dieser (angenommenen) Lohnsteigerung noch erheblich, wenn man die zunehmende Sparneigung der Arbeitnehmer berücksichtigt.

Die obige Gegenüberstellung der effektiven statistischen Daten für 1958 zeigt recht deutlich, daß die den Gewerkschaften zugeordneten konjunkturellen Maßhaltungsparolen

4) Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1959, S. 487.

5) Ebenda, S. 487.

6) J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin 1952, S. 83.

an die falsche Adresse gerichtet sind. Wir haben gezeigt, daß selbst eine *allgemeine* Lohn- und Gehaltserhöhung um volle zehn Prozent nicht jene Auswirkungen auf das Preisniveau erreichen kann, die von der ständig aktiven Zahlungsbilanz ausgehen. *Der maßgebliche Störungsfaktor in dem westdeutschen Preisgefüge ist der notorische Außenhandelsüberschuß, und ihn gilt es mit allen Mitteln zu beseitigen, bevor Appelle an die wirtschaftspolitische Vernunft der Sozialpartner gerichtet werden.*

Natürlich ist unter den gegebenen Voraussetzungen die Beseitigung der ständigen Außenhandelsüberschüsse nicht leicht. Aber es ist hier doch sehr dringlich zu fragen, ob diese Voraussetzungen denn unabänderlich sind oder ob nicht die oft apostrophierte wirtschaftliche Vernunft es gebietet, endlich andere Voraussetzungen zu schaffen. (Unsere Position am Weltmarkt könnte sich nur verbessern, wenn wir endlich den Ruf eines hartnäckigen Gläubigerstaates verlieren würden!) Der wirtschaftlich beste Weg, aus der Gläubigerstellung zu einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz zu kommen, ist immer der der *Importausweitung* und nicht der des Exportabbaus. Hier steht die politisch aktive Phalanx der „Grünen Front“ als Hemmschuh im Wege, aber es ist doch sehr die Frage, ob man es der überwiegenden Mehrheit eines Volkes auf die Dauer zumuten kann, zugunsten einer relativ kleinen Gruppe die Gefahr einer ständigen Kaufkraftaufweichung der Währung in Kauf zu nehmen und auf marktmäßig mögliche Einkommensverbesserungen zu verzichten. Zumal die westdeutsche Landwirtschaft seit zehn Jahren hinter dem Schutzwall aus Zöllen und Kontingenten und mit Hilfe ansehnlicher Subventionen weiterträumt, während alle Strukturverbesserungen nicht über schüchterne Ansätze hinauskommen, wodurch der gegenwärtige Zustand „Ewigkeitscharakter“ erhält.

Eine ehrlich auf Stabilhaltung der Währung bedachte Wirtschaftspolitik darf aber auch vor einem gewissen Exportabbau nicht zurückschrecken. Man komme hier nicht mit den bekannten Einwendungen, wie Verlust von Arbeitsplätzen, Weltmarktgeltung usw. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, die in jährlicher Wiederkehr ohne Gegenwert den Wirtschaftsraum verlassen, ist ökonomisch sinnlos. Die bei dieser Produktion anfallenden Nominaleinkommen vermindern die *gesamten* Realeinkommen, weil sie als Nachfrage auf dem Binnenmarkt auftreten, ohne daß hier das entsprechende Güterangebot vorhanden ist. Eine gewisse Einschränkung des Exports würde entweder zur Freisetzung von Produktionsfaktoren oder zu einer Verbreiterung des Angebots auf dem Binnenmarkt führen. Die erstgenannte Wirkung würde eine höchst wünschenswerte Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich bringen, die zweite wäre eine wirksame Bremse der zahlreichen Preisauftriebstendenzen. Auch von dieser Seite her wäre somit eine Korrektur der Zahlungsbilanz durchaus im gesamtwirtschaftlichen Interesse, aber hier werden in der Bundesrepublik wirtschaftspolitische „Tabus“ beruht. Doch ein Wirtschaftskabinet, das nicht in der Lage ist, den ständigen Preisauftrieb aus dem Aktivsaldo der Zahlungsbilanz einzudämmen, ist nicht legitimiert, von den Gewerkschaften Zurückhaltung bei der Verbesserung der Einkommen ihrer Mitglieder zu verlangen. Den „Schwarzen Peter“ für die Kaufkraftverringering der Währung kann man jedenfalls der Lohnpolitik nicht zuschieben; hier gibt es schon rein quantitativ Störungsfaktoren von größerer Bedeutung.

ABBÉ PIERRE

Wir haben die Freiheit nur theoretisch gerettet: wir laufen Gefahr, nur einen Leichnam gerettet zu haben. Die Menschen in den unterentwickelten Ländern wollen lieber mit dem Kommunismus essen, als mit unserer Freiheit Hungers sterben.